

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonton: Dresden 1030
Circuloffiz Riesa Nr. 52.

Nr. 48.

Donnerstag, 26. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Summe des Anzeigertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Beweise für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. von unten, 3. von oben Grundpreiszeile (6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 8. von unten 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffchen, feste Tarife, Newsliter, Vahats nicht, wenn der Betrag verfällt, durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage, Ergänzungen "Der Elbe" - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Canger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Zur Erkrankung des Reichspräsidenten.

Der Zustand ist ernst.

Berlin. (Funkpruch 10 Uhr vorm.) Die behandelnden Veräte geben über den Erkrankungsstand des Reichspräsidenten folgenden Bericht: Der Reichspräsident erkrankte am Montag, den 23. Februar ganz plötzlich an einer schweren Blinddarmentzündung, die des Nachts eine Operation notwendig machte. Trotz der bald nach der Erkrankung vorgenommenen Operation war der Wundfortschritt des Blinddarms brandig und in die Bauchhöhle durchgedrungen, sodas eine allgemeine Bauchfellentzündung vorlag. Der Verlauf war bis gestern abend zufriedenstellend. Wie gewöhnlich am 3. Tage nach der Erkrankung setzte heute Nacht eine Verschlimmerung der Bauchfellentzündung ein, sodas der Reichspräsident eine unruhige Nacht verbrachte. Heute Morgen ist das Befinden besser, doch ist der Zustand ernst.

Berlin. Der österreichische Gesandte Dr. Nibel hat heute dem Staatssekretär Meißner einen Besuch ab und übermittelte ihm für den Reichspräsidenten die Anteilnahme und die besten Wünsche des österreichischen Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers. Ferner hat eine weitere Anzahl von Mitgliedern des diplomatischen Korps ihre Teilnahme an der Erkrankung des Reichspräsidenten ausgedrückt. Ebenso haben die Gesandten und Vertreter der deutschen Länder bei der Reichsregierung teils persönlich, teils schriftlich ihre und ihrer Regierungen Wünsche für die baldige Wiederherstellung des Reichspräsidenten ausgesprochen. Aus allen Teilen des Reichs ist weiter eine Fülle von telegraphischen und brieflichen Rundgebungen eingelaufen.

Deutschland und die Entwaflungsfrage.

Berlin, 26. Februar. In den deutschen diplomatischen Kreisen beobachtet man ein hartes Einwirken allerer Kreise auf die öffentliche Meinung in Amerika und insbesondere auf die amerikanische Regierung, um in der Entwaflungsfrage die Bedachtsmomente gegenüber Deutschland zu verschärfen. Die amerikanischen Pressekorrespondenten bringen jetzt eine ganze Reihe von Artikeln über die von den Militärkontrollorganen festgestellten Beschlüssen, aus denen hervor gehen soll, das Deutschland in der Abrüstungsfrage keine Verpflichtungen erstattet verlegt habe. Wenn bisher die amerikanische Regierung geneigt zu sein schien, den Verschuldigungen gegenüber Deutschland wenig Wert beizulegen, so besteht jedoch jetzt tatsächlich der Eindruck, das man in Amerika von dem Unrecht Deutschlands überzeugt ist und kaum zu Gunsten Deutschlands irgendeine offizielle Stellungnahme ergreifen wird.

Die Reichsregierung sieht sich dem gegenüber in einer sehr schwierigen Situation. Sie kann zu den Veröffentlichungen über die "Verletzungen" Deutschlands nicht Stellung nehmen wollen, solange nicht der Bericht der Militärkontrollkommission veröffentlicht ist. Wenn deutscherseits jetzt ein offizieller Schritt erfolgen würde, um die in der ausländischen Presse verbreiteten Gerüchte über die Ergebnisse der Militärkontrollen zu widerlegen, so würde dies nur, nach Auffassung der maßgebenden Kreise, zu einer Verschärfung der Lage führen, ohne das irgend eine Gewähr für einen Erfolg einer solchen deutschen Gegenaktion gegeben wäre. Auf der anderen Seite wird die Reichsregierung unmöglich zu den immer schärfer werdenden Anklagen noch länger schweigen können. Die deutschen Dementis haben im Auslande wenig Glauben gefunden, so das die deutsche Regierung immer mehr genötigt sein wird, die Forderung auf Veröffentlichung des Berichtes auszusprechen, damit der Streitfall vor der ganzen Welt ausgetragen werden kann. Solange der Bericht der Kontrollkommission noch nicht veröffentlicht ist, wird es nach Meinung der Reichsregierung nicht möglich sein, eine Klärung der Sachlage herbeizuführen. Deutschland hat bereits in einer Note und in zwei Reichskanzlerreden mit Nachdruck die Veröffentlichung verlangt. Diese deutsche Forderung muß endlich erfüllt werden, ehe daran gedacht werden kann, von direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen zu sprechen. So lange in der ganzen Welt unkontrollierbare Anschuldigungen gegenüber Deutschland verbreitet werden, wird für Deutschland keine brauchbare Verhandlungsgrundlage geschaffen werden können, da die Position einer deutschen Vertretung auf einer Abrüstungskonferenz dadurch von vornherein außerordentlich geschwächt sein würde. Sollte man die deutsche Regierung einladen, an einem Meinungsaustausch teilzunehmen, so würde es die allererste Aufgabe der deutschen Delegierten sein, die Veröffentlichung des Berichtes zu fordern.

Die deutsche Regierung hat ein außerordentlich hartes Interesse daran, das die fast in der ganzen Welt verbreitete Meinung, Deutschland habe die bewusste Absicht, die Entwaflungsbestimmungen des Versailler Vertrages zu umgehen, endlich widerlegt wird. Wie wir hören, beabsichtigt Reichswehrminister Dr. Gessler in nächster Zeit eine öffentliche Rede zu halten, in der er auf diese Frage eingehen wird. Der Minister dürfte dabei mit allem Nachdruck die vor den Reichstagswahlen von ihm betonte Auffassung wiederholen, das Deutschland den Gedanken an einen Revanchekrieg weit von sich zurückweist und die Sicherstellung seines Wiederaufbaues nur auf dem Wege der Befestigung des europäischen Friedens

ankrebt. Jedenfalls wird von den deutschen Regierungskreisen jetzt alles getan, um die Gefahren einer gänzlich falschen Auslegung der deutschen Politik zu beseitigen. Das dabei immer wieder die Notwendigkeit in den Vordergrund tritt, deutscherseits mit brauchbaren Vorschlägen zum Abschluß eines Sicherheitspaktes hervorzutreten, wird sich bei angelegentlich der außenpolitischen Lage ganz von selbst ergeben.

Die Schwierigkeiten der Aufwertungsfrage.

Berlin, 26. Februar. Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir, das die Absicht des Reichsfinanzministeriums, eine Regelung der Aufwertungsfrage bis zur endgültigen Durchführung des Finanzausgleichs und der Steuerreform zurückzustellen, nicht von allen hinter der Regierung stehenden Parteien gebilligt wird. Es sind sogar ernste Schwierigkeiten entstanden, da die Regierung sich rückhaltlos hinter den Reichsfinanzminister stellt und den Wünschen der Parteien gegenüber keinerlei Konzessionen machen zu können glaubt. Immerhin steht zu erwarten, das Reichsfinanzminister von Schlieben anlässlich der Beratung der Steuerentwürfe in einer Rede vor dem Reichstag, mit der er die Debatte einleiten wird, neuerliche Erklärungen über die Aufwertungsfrage abgibt.

Berlin. (Funkpruch.) Es verlautet, das Reichsfinanzminister von Schlieben für heute die Führer der Reichstagsfraktionen eineladen habe, um mit ihnen die Frage der Aufwertung zu besprechen und ihnen die Auffassung der Regierung mitzuteilen.

Die Verhandlungen über den Finanzausgleich.

Berlin, 26. Februar. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sind alle Bemühungen der Reichsregierung, mit den Länderregierungen zu einer Einigung über den Finanzausgleich zu gelangen, an einem Widerbruch der Länder scheitert. Auch die angekündigten Kompromissvorschläge werden kaum noch etwas daran ändern können, das der Konflikt zwischen dem Reich und den Ländern jetzt im Reichstag zum Austrag kommen wird. Der Reichstag beginnt gegenwärtig die Beratung der Steuerentwürfe und wird schon im Laufe der kommenden Woche zu dem Finanzausgleich Stellung nehmen, den die Regierung in Form einer Gesetzesvorlage eingebracht hat. In diesem erwarteten man in Berlin die Ankunft des bayrischen Finanzministers, der mit dem Reichsfinanzminister, Dr. von Schlieben, wichtige Verhandlungen über bayrische Finanzforderungen an das Reich führen wird.

Vor Unterzeichnung des deutsch-französischen Abkommens.

Berlin, 26. Februar. In den informierten Regierungskreisen verlautet, das die Unterzeichnung des deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens am Freitag oder Sonnabend erfolgen dürfte. Eine grundsätzliche Einigung ist insofern zustande gekommen, als die französische Regierung in der Reichstagsabstimmungsfrage dem deutschen Standpunkt Rechnung getragen hat. Die gegenwärtigen Besprechungen drehen sich hauptsächlich noch um technische Einzelheiten.

Der Kontrollbericht muß veröffentlicht werden.

Berlin. Durch Indiskretion sind Teile aus dem Schlussbericht der Militärkontrollkommission in die Chicago Daily News gelangt, die einzelne Angaben enthalten, die von deutscher Seite nicht nachgeprüft werden können, bevor nicht der amtliche Wortlaut des Kontrollberichtes mitgeteilt worden ist. Mit diesen Veröffentlichungen von Teilen des Berichtes, die von unverantwortlicher Stelle kommt, wird eine rege französische Offensivpropaganda gegen Deutschland getrieben, um eine Einseitigkeit der Räumung der Röhler Zone zu begründen. Es kann aber noch längere Zeit dauern, ehe die Alliierten unter sich überhaupt über die Frage einig geworden sind, ob und in welcher Form der Kontrollbericht amtlich veröffentlicht werden soll. Bis dahin ist die Erörterung der Angelegenheit auf deutscher Seite vollkommen lahmgelegt. Momentlich kann es von der deutschen Regierung nicht verlangt werden, das sie zu den erwähnten unkontrollierbaren und unverantwortlichen Mitteln ihrerseits irgend welche Stellung nimmt. Nach allem, was man namentlich aus der englischen Presse erfährt, scheint der wirkliche Grund für die Verzögerung der amtlichen Veröffentlichung nicht zum wenigsten darin zu liegen, das der Bericht viele kleine Einzelheiten enthält, die willkürlich aufgedeckt sind und vor der öffentlichen Kritik überhaupt nicht bestehen können. Die deutsche Regierung hat seit langem und insbesondere in den letzten Monaten mit allem Nachdruck verlangt, das der gesamte Bericht mit allem statistischen Material der Öffentlichkeit übergeben werden solle. Solange dies nicht geschieht, ist, haben Behauptungen gegen Behauptungen. Von deutscher Seite muß bestritten werden, das die Angaben über deutsche Verfehlungen in bezug auf die Abrüstung in dem Maße vorliegen, das die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die die Voraussetzung für die Räumung der Röhler Zone ist, noch nicht hinreichend erfüllt worden sind. Wer in diesem Streit im Rechte ist, kann sich aber nur erweisen, wenn die sämtlichen Anlagen der Alliierten gegen Deutschland bekannt gemacht werden. In diesem Zweck muß immer und immer wieder die Forderung unterstrichen werden, das die Alliierten sich endlich zur Veröffentlichung des Kontrollberichtes bereit erklären müssen.

Chamberlain über den Kontrollbericht.

London. Am Unterhause richtete Thomson an den Staatssekretär des Auswärtigen die Frage, ob er bereit sei, mitzuteilen, was der Grund für die Verzögerung der Veröffentlichung des Berichtes der internationalen Militärkontrollkommission sei. Chamberlain erwiderte, die Frage beruhe auf einem Mißverständnis. In Wirklichkeit liege keinerlei Verzögerung hinsichtlich des Berichtes vor, der sehr umfangreich sei und bei dem internationalen Militärkomitee in Versailles, an das er gerichtet sei, erst am 18. Februar eingegangen sei. Dies Komitee habe die Pflicht, den Bericht zu prüfen und seine Bemerkungen der Rüstungskonferenz zu übermitteln, die an die alliierten Regierungen berichtet werde. Die Frage der Veröffentlichung müsse von den Alliierten in den Verhandlungen entschieden werden. „Ich wünsche“, erklärte Chamberlain, „keine Ansicht zu äußern, sondern nur zu sagen, das ich erkenne kann, das das Ziel der Alliierten darin besteht, die Erfüllung derjenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erlangen, von denen dieser Vertrag ausdrücklich eine Ermächtigung der Befugnisse der Röhler Zone abhängig macht. Wenn dem so ist, so würde es scheinen, das eine anregende oder überhaupt irgendwelche Veröffentlichung davon abhängig sein muß, ob die Veröffentlichung der Erfüllung der Wünsche der Alliierten und ihren direkten Forderungen und daher auch der Räumung der Röhler Zone eine Erleichterung gewährt würde.“ Beagwood fragte darauf, ob es im Hinblick darauf, das zu wiederholten Malen öffentlich erklärt worden sei, Deutschland habe seine vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllt, nicht wünschenswert sei, die Einzelheiten der Vorwürfe zu veröffentlichen. Chamberlain entgegnete, er habe eine sofortige ernogene Erklärung abzugeben und halte den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Herriot über die Lage in Frankreich.

Paris. Herriot hielt gestern abend auf dem Bankett der angelsächsischen Presse eine Rede, in der er auf das Ergebnis der Londoner Konferenz und auf das Genèver Protokoll hinwies. Er betonte die friedliche Bestimmung Frankreichs und sagte, er werde mit allen Kräften bestrebt sein, den Verbündeten und seinem eigenen Lande einen neuen Krieg zu ersparen. Solange er an der Spitze der Regierung stehe, werde er der Sache der Sicherheit und des Friedens dienen. Er werde zeigen, das Frankreich von dem glühenden Wunsche nach Frieden befeuert sei. (2) Frankreich werde seinen Verpflichtungen nachkommen. Er bitte aber die Anwesenden, zu bedenken, welche schweren Verluste Frankreich durch den Krieg erlitten hat. Die Regierung werde mit äußerster Energie versuchen, die Finanzlage wieder herzustellen. Zum ersten Male sei ein französisches Budget von 35 Milliarden völlig ausgeglichen worden. Die finanzielle und wirtschaftliche Wiederentrichtung Frankreichs sei jedoch Voraussetzung für die Lösung sämtlicher anderen Fragen. Wenn man Frankreich Gerechtigkeit widerfahren lassen wolle, so müsse man anerkennen, das es sich äußerst gutmütig gezeigt habe. Gaben wir in London, als man uns ersuchte, an der Wiederaufrichtung Deutschlands mitzuwirken, etwa neun Gele? Keineswegs, wir, die wir selbst sozial verarmtes Gebiet aufzubauen haben, haben zu der 800-Millionen-Anleihe beigetragen und an Deutschlands Wiederaufrichtung mitgewirkt. Die Weltana ist nicht ausgeblieben. Die Finanzen Deutschlands haben durch die Unterstützung Frankreichs eine sofortige Hilfe erfahren. Das alles bedauere ich nicht, aber ich betone diese Handlungsweise, weil sie uns das Vertrauen und die Achtung der anderen Völker sichern kann. Die schwierigsten Aufgaben, bei denen die Presse sozial vermag, bestehen darin, Mißverständnisse zwischen den Völkern zu vermeiden.

Verstärkung für die Besatzungstruppen.

Genèf. Der Pariser "Temps" meldet, das der Kriegsminister ordnete an, das die Besatzung in Deutschland durch vier weitere Kompagnien am 1. März verstärkt werde. Die Truppen, die der Garaison Grenoble entsandt werden, befinden sich bereits auf dem Transport nach Deutschland.

Neue französische Kriegsurteile gegen deutsche Offiziere.

Paris. Das Kriegsgericht von Amiens hat gestern in Abwesenheit gegen neun deutsche Offiziere verhandelt, die der Blünderung und Verstärkung vertriebener Landkrieger im Aisne-Gebiet beschuldigt werden. Es wurden verurteilt die Generale Klauß und v. Staabs, Hauptmann v. Jena und die Leutnants Grandrud und Jürk zu zehn Jahren Zuchthaus, die Hauptleute v. Werthern, Ficht und Steffen sowie Leutnant Richter zu 20 Jahren Zwangsarbeit. Gegen alle Verurteilten wurde ein Aufenthaltsverbot von 20 Jahren erlassen.

Begnadigungsantrag für Dr. Zeigner.

Dresden. Von der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit ist dem sächsischen Landtag ein Antrag ausgegangen, der vom Gesamtministerium die Begnadigung des ehemaligen sächsischen Ministers Dr. Ariens fordere.